

Eingang: 15.12.2022

## Studentische Wohnraumsituation in Karlsruhe

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	28.02.2023	25	x	

1. Welche Möglichkeiten auf kommunaler Ebene sieht die Stadtverwaltung, um mehr studentischen Wohnraum in Karlsruhe zu schaffen? Was kann die Stadt zur Linderung des studentischen Unterkunftsmangels anbieten?
2. Steht die Stadtverwaltung bereits in regem Austausch mit dem Studierendenwerk Karlsruhe, um gemeinsam Lösungen diesbezüglich zu finden?
3. Welche Gelände in Karlsruhe eignen sich zur Errichtung von studentischen Containerdörfern? Welche weiteren Optionen bestehen, um zumindest kurzfristige Abhilfe schaffen zu können?
4. Welche bereits versiegelten Flächen wie z.B. altes Gewerbegebiet, leerstehende Verwaltungsflächen und Gebäude können mittel- und langfristig in Karlsruhe für studentischen Wohnraum genutzt werden?
  4. a) Welche Möglichkeiten bestehen, um Teile des Geländes der General-Kammhuber-Kaserne in der Oststadt in studentische Wohneinheiten umzuwandeln?
  4. b) Welche Pläne und Konzepte bestehen für das ehemalige Pfizer-Gelände in Hagsfeld? Können hier neue studentische Unterkünfte entstehen?
5. Bei welchen städtischen Gebäuden in Karlsruhe gibt es Möglichkeiten der Nachverdichtung und Aufstockung? Welche Discounter, Parkhäuser etc. könnten z.B. überbaut und dann für Wohneinheiten verwendet werden?
6. Welche weiteren Flächen kann die Stadt zur Wohnbebauung noch ausweisen, um den Mangel an Unterkünften aktiv angehen zu können?

### Sachverhalt / Begründung:

Aufgrund der hohen Hochschulichte mit um die 400 Studiengängen und ca. 43.000 Studierenden hat Karlsruhe das große Glück, eine junge Stadt zu sein, die viele Potentiale und Chancen für alle Menschen in der Fächerstadt und der Region bietet. Für zahlreiche Studierende ist es dabei mittlerweile in Karlsruhe fast unmöglich geworden, eine bezahlbare Wohnunterkunft zu finden. Insbesondere in der jetzigen Zeit gestiegener Lebenshaltungskosten sind die finanziellen Belastungen besonders hoch. Hinzu kommen weitere Pläne der Stadtverwaltung wie das von der FDP-Fraktion kritisierte Vorhaben, den Zweitwohnungssteuersatz zu erhöhen, welches insbesondere Studierende betreffen würde. Dabei sollte auch die Fächerstadt als angesehenener und mehrfach ausgezeichneter Hochschulstandort den Anspruch verfolgen, proaktiv zur Lösung der Unterkunftsproblematik

beizutragen und alle Möglichkeiten in Betracht zu ziehen, um ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum für Studierende in Karlsruhe schaffen zu können. Im Vergleich zu Pflege- und Seniorenheimen haben studentische Wohneinheiten hierbei den Vorteil, nicht so sehr lokal gebunden zu sein. Es können flexiblere Plätze und Orte bei der Standortwahl berücksichtigt werden, solange eine gute infrastrukturelle Erschließung möglich ist. Die Nutzung bereits versiegelter Flächen wie z. B. Teile der General-Kammhuber-Kaserne oder des ehemaligen Pfizer-Geländes in Hagsfeld, das auch über eine Haltestelle gut erreichbar ist, könnten sich für die Errichtung von studentischen Unterkünften eignen. Ebenso können durch die Aufstockung von städtischen Gebäuden, Parkhäusern und Discountern vorhandene Strukturen genutzt werden. Zur kurzfristigen Abhilfe können zudem kleine Containerdörfer - wie z.B. in Eggenstein-Leopoldshafen – errichtet werden, die recht schnell und einfach aufgestellt und wieder abgebaut werden können und trotzdem individuell, sicher und mit allen technischen Notwendigkeiten ausgestattet werden können. Daher können und sollten bei der Umsetzung vielfältige Wohnformen und -standorte einbezogen werden, um die Problematik zielführend und zeitnah lösen zu können.

Unterzeichnet von:

Tom Høyem

Thomas H. Hock

Annette Böringer

Karl-Heinz Jooß